

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenburg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Werktags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 71

Bezugspreis monatlich 90 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,25 Mk. in Württemberg 2,50 Mk. vierteljährlich, dazu Postgebühren 30 Pfg.

Druck und Verlag der S. Hofmann'schen Buchdruckerei Verantwortlich: G. Reinhardt in Wildbad.

Anzeigen 12 Pfg. von auswärts 15 Pfg. die Zeile je nach dem Raum.

Reklame 25 Pfg. die Zeile.

Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Quartier 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



Nr. 93

Samstag, den 19. April 1919

16. Jahrgang

Ostern 1919.

„Deutsche Ostern“ hat einst ein schwäbischer Sänger einen Kranz seiner Vorfahren zu großer Zeit. Damals war Ostern feierlich und heilig, wo das starrere Eis gelöst ist und die Tage anfangen zuzunehmen, wo aber noch die grauen Tage und die rauhen Winde herrschen, so steht das deutsche Volk immer noch mitten drin in dem schweren Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden, zwischen der alten Zeit, die verfallen ist, und der neuen Zeit, die kommen soll. Und wie wir um diese Zeit jedes grüne Blatt, jede junge Blütenknospe grüßen als Vorbote des Lebens, so schauen wir in diesen Zeiten sehnsüchtig aus nach jedem Vorbote des neuen deutschen Frühlings.

Heute ist das Wort „Deutsche Ostern“ wieder ein Sehnsuchtswort geworden, ein Wunsch und eine Hoffnung. Wie in der Natur zwischen Winter und Frühling eine Übergangszeit liegt, wo das starrere Eis gelöst ist und die Tage anfangen zuzunehmen, wo aber noch die grauen Tage und die rauhen Winde herrschen, so steht das deutsche Volk immer noch mitten drin in dem schweren Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden, zwischen der alten Zeit, die verfallen ist, und der neuen Zeit, die kommen soll. Und wie wir um diese Zeit jedes grüne Blatt, jede junge Blütenknospe grüßen als Vorbote des Lebens, so schauen wir in diesen Zeiten sehnsüchtig aus nach jedem Vorbote des neuen deutschen Frühlings.



Wird er kommen? Wann wird er kommen? „Es muß kommen, wenn es muß.“ heißt es in einem alten Spruch. Es muß auch für das deutsche Volk wieder die Nacht zum Tage, das Sterben zum Auferstehen werden. Wir können den großen Gedanken, der uns am Anfang des Krieges eine so mächtige Gewißheit war, bis auf den heutigen Tag so wunderbar gestärkt hat, jetzt nicht einfach zum alten Eisen werfen; das deutsche Volk hat noch eine Zukunft, noch eine Aufgabe in der Welt vor sich. Nur der Weg dahin ist anders, ganz anders, als wir lang gedacht: nicht kurz und geradlinig, sondern ein Umweg über furchtbare Tiefen und dann erst wieder aufwärts in mühevoller geduldigem Aufstieg; ein Weg seitab von der breiten, bequemen Heerstraße der anderen großen Völker, ein Weg der geistigen Einsamkeit, der Stille, ein Weg der Schmach, des Leidens und Sterbens.

Aber wenn es nur ein Weg der Sammlung und Einkehr, der inneren Selbstbestimmung und Vertiefung wird, dann hat er keine Not. Das wäre ja dann gerade das Christumäßige an dem Erleben des deutschen Volkes. Was dem Volkstrend in der Gegenwart am meisten Sorge macht, ist, daß von dieser Wendung nach innen bisher wenig bis gar wenig zu sehen ist. Zurück zu deutscher Innlichkeit — oder wenn das Wort „zurück“ nicht gefällt: vorwärts hinein in die deutsche Innlichkeit, nach festen der Weg zu neuen deutschen Ostern. Immer noch stehen wir tief in dem Jervahn befangen, als seien die Dinge, die Verhältnisse an allem schuld; wir sind schuld. Immer noch träumen wir, von außen her, von fremden Menschen, von neuen äußeren Umständen und Bürgschaften könne das Heil kommen; von innen muß es erwachen, aus den Tiefen einer Volkseele, die wieder zu sich selbst kommt und die wieder zu den verborgenen

Lebenskräften ihres besten und gewissen Besten zurückfindet: wir müssen östertlich werden, sonst kann kein Ostern kommen.

Darum weit auf die Seelen für die große ewige Osterbotschaft! Wenn der Auferstehende auch in seinem deutschen Volke neu aufersteht und neues Leben gewinnt, dann gibt's deutsche Ostern!

Christ ist erstanden
von der Marter alle.
Des sollt ihr alle froh sein,
Christ will uns alle froh sein.
Sattelusa.

12. Jahrhundert

Wochenrundschaun.

Eine bedeutungsvolle Woche liegt hinter uns. Reich an Bewegungen und Aufregungen, wie nur eine seit der Novemberrevolution. Da ist zunächst in München der dortigen Garnison der Vaterrepublik und der neuen ihr beschriebenen kommunistischen Regierung nach sechs bzw. dreitägigen Beschießungen ein letztes Ende gemacht worden. Aber nach der ersten Ueberzeugung sammelten sich die Sozialisten und Anarchisten, die aus den Reihen des Militärs selbst Verstärkungen erhielten, zu neuem Widerstand. Am Sonntag-Nachmittag wurde um den von den regierungstreuen Truppen besetzten Hauptbahnhof mehrere Stunden hartnäckig und blutig gekämpft und endlich mußten die Verteidiger sich ergeben. Der allergrößte Flügel der Revolutionäre hatte gesiegt und München sah seine vierte Revolution innerhalb 5 Monaten: die reine Diktatur des Proletariats wurde am 14. April eingeleitet und läßt seine unumschränkte Herrschaft in München aus. Bis jetzt nur in München. Die Städte, die sich in voriger Woche der Vaterrepublik angeschlossen hatten, sind teils freiwillig wieder von ihr abgeschwenkt, teils durch die aus der zweiten Münchner Revolution vom Februar hervorgegangene sozialistisch-republikanische Regierung Hoffmann, die ihren Sitz derzeit in Bamberg hat, dazu gezwungen worden. Hoffmann sammelt ein Heer, das unter General Epp gegen die Landeshauptstadt vorrücken soll. Inzwischen ist München von jeder Verbindung nach außen abgeschnitten, namentlich ist es der Zufuhr von Kohlen beraubt, so daß der Eisenbahnverkehr fast ganz eingestellt ist. Wenn die Bamberger Regierung ihrer Truppen sicher ist, kann die Lösung der Nachfrage nicht zweifelhaft sein, zumal die weit überwiegende Zahl der Einwohner Münchens der sozialistischen Herrschaft feindselig gegenüber steht. Aber ohne schwere Kämpfe dürfte es kaum abgehen. Und das in der Kar- und Osterzeit!

Auch sonst im Reich geht es noch arg. In Dresden wurde der Militärminister Neuring, ein früherer Fabrikarbeiter, von einer wütenden Menge in bestialischer Weise ermordet; die Verhängung des Belagerungszustands über ganz Sachsen und die eilige Abberufung von Sicherheits-truppen aus Preußen deuten darauf hin, daß die Lage in Sachsen für die dortige Regierung kritischer ist, als die amtlichen Berichte wissen lassen wollen. Uebrigens ist auch in dem Dresdener Fall wieder festgestellt worden, daß russische Agenten die Anführer waren. — Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet geht der Ausstand dem Anfang nach zwar langsam zurück, bei Krupp soll er ganz beendet sein, aber an einzelnen Orten flammte die Leidenschaft des politischen Nachkampfes jeweils wieder auf als je. In Bremen sind die Massen durch einen früheren Offizier, den Hauptmann Beerfeldt, der auch in den Berliner Unruhen als eifriger Sozialist tätig war, von neuem zum Streik aufgestachelt worden. Und so liegen die Schiffe aus Amerika mit den Lebensmitteln im Hafen und keine Hand rührt sich, die kostbare Ladung an Land zu bringen. Und wenn es dann doch jemand kommt, daß die Güter endlich abgeholt werden, so müssen die nährlichen Schiffe Sandstöße als Ballast für die Rückfahrt an Bord nehmen, weil keine Kohle, kein Getreide, kein Mehl vorhanden ist, womit sie das nötige Seegewicht erreichen und wir wenigstens einen Teil der Lebensmittel bezahlen könnten. Im Ruhrgebiet waren in Friedenszeiten etwa 445 000 Arbeiter in den Kohlen-gruben tätig und damals wurden rund 330 000 Tonnen

Kohlen täglich zutage gefördert. Der gegenwärtige Arbeiterstand beträgt nach der Angabe des Ing. Abg. D. e. 430 000 und die tägliche Leistung sind 12 000 Tonnen. Eine große Grubenaktiengesellschaft mühte den Konsum. In demselben Maße wie die Kohle verteuert, sich natürlich die Erzeugung von Kohlen. Besonders schlimm aber ist es, daß die durch den Streik gebohrte Kohlennot daran ist, den Eisenbahnbetrieb in Deutschland lahm zu legen. Man solle sich einmal den Zustand vor, wenn keine Personen- und Güterzüge mehr laufen! Dazu ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo nach dem Abkommen in Spa die 60 000 Polen aus Frankreich nach Warschau auf deutschen Eisenbahnen und auf deutsche Kosten befördert werden sollen. Täglich sollten 20 Züge von Mainz aus auf die ganze ungeheure Strecke in Bewegung gesetzt werden. So wollten es Marschall Koch und die Franzosen, die die polnischen Güter natürlich je eher je lieber wieder los wären. Die deutschen Unterhändler konnten Marschall Koch überzeugen, daß 20 Züge hinter einander abzulassen ein Ding der Unmöglichkeit sei und Koch begnügte sich schließlich mit 10. Nun mußte man ihm aber nachträglich melden, daß auch die 10 über unsere Kraft gehen und daß wir höchstens 5 Züge täglich stellen können. Jetzt geht der alte Tanz wieder los. Das ist ein Bruch des Vertrags, heißt es, so wie man ihn von Deutschland immer gewohnt ist; aber sie sollen es büßen. Und schon bestimmt man sich in Paris, was man den wortbrüchigen Deutschen für eine neue Strafe auferlegen soll. Die Streiks im Ruhrgebiet haben nicht wenig dazu beigetragen, daß der Oberste Rat der Friedenskonferenz glaubt, uns nicht schlecht genug behandelt zu können. So ist endlich der überarbeitete Entwurf für den Völkerbund in seinen Grundzügen veröffentlicht worden. Kein Mensch wird behaupten wollen, daß diese „Viga der Nationen“ mit dem von Wilson vorgeschlagenen Bund noch das allergeringste zu tun habe. Es ist ein verewigter Bund der gegen Deutschland Kriegführenden fünf Großmächte, weiter nichts. Deutschland (und Rußland) wird zwar wieder in den Bund zur Aufnahme eingeladen, hat in bleibt einige Jahre in moralischer Quarantäne, in strenger Bewachung, wie ein Jüngling der Zwangsgerichtsorge. Und wenn es später den fünf Großmächten gefallen sollte, dem Buhfessigen den Zutritt zu gestatten, so wird Deutschland kein gleichberechtigtes, sondern nur ein gebildetes Mitglied sein. Die Kolonien und die Ost- und Westprovinzen, ebenso Schlesien werden verloren sein. Und das schändliche: Frankreich wird das Saarbecken 15 Jahre lang besetzt halten und die Kohlen- und Eisen-gruben in Besitz nehmen. Nach 15 Jahren können die Bewohner durch Abstammung entscheiden, ob sie zu Deutschland oder zu Frankreich gehören wollen. Die Deutschen wird man in der Zwischenzeit zu Franzosen machen oder zum Land hinausbugieren und durch geeignete Elemente ersetzen. Das Ergebnis der 15-jährigen Zwangsverwaltung im Auftrag des hohen Völkerbunds — die aber beiseite keine „Amerikaner“ sein soll, die ja der Herr Wilson nicht dulden könnte — läßt sich schon mit einiger Wahrscheinlichkeit voraussagen. Aber wenn unerwarteterweise die Abstimmung ungewiss gegen Frankreich ausfallen sollte, so muß Deutschland die — inzwischen natürlich weidlich ausgebeuteten — Bergwerke von Frankreich um teures Geld wieder zurückkaufen! Ein Räuber nimmt mir meine Holzweige und sagt: „Damit will ich so und so lange meinen Ofen heizen. Wenn du dein Holz nach einer gewissen Zeit wieder haben willst, vorausgesetzt, daß noch etwas da ist (wenn vergleichsweise die Bewohner des Saargebietes nach 15 Jahren für Deutschland stimmen), so mußst du es mir abkaufen, wie wenn nichts davon verbraucht wäre.“ Ist das nicht ein lächerliches Einfalt der Herren vom Obersten Rat? Daneben verlangen sie, wie die französische Havasmeldung besagt, die Bezahlung der Kleinigkeiten von 125 Milliarden Franken, wovon Frankreich in seiner rührenden Beiseidenzeit nur rund 69 Milliarden beansprucht. Nichts des Rheins wird eine „neutrale Zone“ von 50 Kilometer aufgemacht, in der nicht posieren darf, was von weitem wie Militarismus schmeckt.

In solchen „Friedensbedingungen“ glouben die Feinde, wie gesagt, berechtigt und berufen zu sein, weil es im Deutschen Reich eben gar keine Ruhe geben will. Das Streikfever hat ja auch einen nicht geringen Teil der Angestellten und Privatbeamten. G. In Ber-

im streifen etwa 50.000 Angestellte der Metallindustrie, der Brauereien und Bankbeamte, und in verschiedenen anderen Städten sind die Angestellten in den sogenannten Streikstreifen eingetreten, d. h. in einen Streik, der nur den Zweck hat, einen anderen Streik (in diesem Fall also den Berliner) zu unterstützen. Uebermäßig bescheiden sind die Forderungen der Bankbeamten nicht. Sie verlangen, daß die Angestelltenauschüsse bei der Anstellung und der Beförderung von Bankbeamten mitbestimmen sollen (diese Forderung ließen sie dann aber fallen); sie wollen Mitbestimmung bei Entlassung und Kündigung, ein Mindesteinkommen von 4200 Mark für 20jährige Bankbeamte, aufsteigend bis 15.000 Mk. für 50jährige Beamte, einerseits, welche Stellung der Beamte einnimmt und was er leistet; siebenstündige Arbeitszeit, Bezahlung der Ueberstunden, entsprechenden Urlaub und Gültigkeit des Berliner Tarifs für das ganze Reich. Die Einigungsverhandlungen blieben bisher erfolglos — und werden es wohl bleiben, wenn die Forderungen aufrecht erhalten werden sollten. Bemerkenswert ist, daß die österreichischen Bankbeamten der Berliner Streikleitung ihre Unterstützung zugesagt haben.

Auch in der Reichsregierung und in der Nationalversammlung zu Weimar herrschte Krisenluft. Der Reichsfinanzminister Schiffer hat sein Amt niedergelegt, nachdem er eben noch den Reichshandhabungsplan für 1919 in der Nationalversammlung vorgelegt und begründet hatte. Es wird angegeben, daß persönliche Gründe — Schiffer soll sich mit Scheidemann nicht verstanden haben — wie auch sachliche Meinungsverschiedenheiten des Reichschatzmeisters zu seinem Entschluß geführt haben. Er habe sich mit der nachgiebigen Politik der Regierung gegenüber den radikalen Forderungen nicht befreunden können und sei besonders gegen die Errichtung des von Scheidemann gewünschten Staatsgerichtshofs. Dasselbe wird übrigens von seinem voraussichtlichen Nachfolger Dernburg, der, wie Schiffer, Mitglied der demokratischen Partei ist, behauptet. Es scheinen auch jetzt noch gewisse Schwierigkeiten innerhalb der Regierung fortzubestehen. So wurde gemeldet, daß auch Ministerpräsident Scheidemann sich mit Mühlbachers Gedanken trage. Ein Stein des Anstoßes ist allerdings am 15. April aus dem Wege geräumt worden, indem der sozialdemokratische Antrag, den 1. Mai sofort zum Revolutionsfeiertag zu erheben, durch einen abgemilderten Gegenantrag der demokratischen Partei auch bürgerlichen Abgeordneten annehmbarer gemacht wurde. Der soz. Antrag hatte bei den bürgerlichen Parteien viel Staub aufgewirbelt und gegen die eigenen Vertreter in der Regierung innerhalb der bürgerlichen Parteien eine gereizte Stimmung hervorgerufen. Der Vermittlungsantrag bestimmt den 1. Mai vorläufig als allgemeinen Feiertag, der der Idee des Weltfriedens, des Völkerebend und des internationalen Arbeiterschutzes gewidmet sein soll. Dieser Antrag wurde mit 161 gegen 86 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen angenommen.

Zum Schluß der Sitzung der Nationalversammlung am Dienstag richtete Reichspräsident Ebert eine Dankschreiben an die Versammlung und an das deutsche Volk. Es war keine frohe Botschaft. Er begrüßte die einmütige Kundgebung der Nationalversammlung vom 10. April, daß die Reichsregierung nur einem Frieden der Verständigung und Versöhnung zustimmen dürfe. Aber bellenommenen Herzens, so schien es, wagte er keine tröstliche Hoffnung zu erwecken. Das Verhalten der Feinde sei nichts anderes, als eine Fortsetzung des Kriegs gegen ein wehrloses Volk. Die Verantwortung für die Folgen tragen die Feinde. Aber Friede, Arbeit und Brot und das neue Deutschland zu schaffen sei auch unmöglich, solange im Innern des Reichs der Aufruhr und die Arbeitsverweigerung herrschen. Laßt ab von der Selbstzerfleischung, arbeitet! rief der Präsident dem Volke zu. Unser deutsches Volk darf nicht zuschanden werden!

Lloyd George über die Lage.

London, 17. April. Im Unterhaus erklärte Lloyd George, es sei seine erste Ueberzeugung, daß ein militärisches Einschreiten in Rußland der größte Anstoß sein würde. Er wolle Rußland eher dem Bolschewismus überlassen als erleben, daß Großbritannien Bankrott mache. Von der Anerkennung der bolschewistischen Regierung könne keine Rede sein. Deutschland werde ein Heer haben, das für den Polizeidienst ausreiche und eine Flotte, die genüge, um den Handel zu schützen. Die Alliierten wünschten einen gerechten, nicht nachlässigen Frieden; aber er müsse streng sein. Weiter führte der Ministerpräsident aus:

Die ganze Welt warte ungeduldig auf den Frieden. Aber es seien Aufgaben von nie dagewesener Schwierigkeit und Wichtigkeit zu lösen. Die Grenzen von 14 Ländern müssen neu gezogen werden. Internationale Vereinbarungen über Arbeiterfragen seien bisher noch nie versucht worden. Dazu komme jeder große Versuch, an dem der ganze Frieden hänge, nämlich die Gesellschaft der Völker. Ein Fehler könnte zu einem allgemeinen Kriege führen.

Eines der charakteristischen Merkmale der gegenwärtigen Lage sei, daß Mitteleuropa infolge der Zerstückelung großer Reiche in kleine Staaten balkanisiert sei. Die Lage in Rußland sei eine der schwierigsten Fragen, die jemals behandelt worden seien. Von Anerkennung Mittelrusslands könne keine Rede sein. Die englische Politik suche ein gewalttätiges Uebergreifen des Bolschewismus auf die alliierten Länder zu verhindern. Deshalb organisierte England alle Hilfskräfte in den alliierten Ländern und in dem benachbarten Gebiete von der Ostsee bis an das Schwarze Meer. Wenn der Bolschewismus eines der alliierten Länder angreifen würde, so wäre es die Pflicht Englands, es zu verteidigen. Es seien unverkennbare Anzeichen dafür vorhanden, daß Rußland wieder empor komme; dann sei es Zeit für die Alliierten, in Rußland Frieden zu stiften. Die Friedenskonferenz habe niemals die Tatsache vergessen, daß die meisten Völker und Völker des Kriegs von dem bel-

benachteiligten Frankreich getragen worden seien. Frankreich habe ein Recht darauf, sich vor einer Wiederholung des Angriffs gesichert zu fühlen. Keine Friedenskonferenz habe jemals ihre Verhandlungen öffentlich gehalten. Das Ergebnis des Friedens wird die Entfernung der großen kontinentalen Gefahr der Rüstungen sein. Die Gefahr bestehe nicht, daß es in Deutschland noch zu einem neuen Ausbruch kommt, denn Deutschland könnte nur mit Hilfe 80.000 bewaffnete Männer aufbringen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Gefahr besteht jetzt, daß die Welt in Stücke geht, wenn das Gespenst des Hungers durch das Land schleicht. Der Triumph des Rechts dürfe nicht durch Nachgiebigkeit verdeckt werden.

Neues vom Tage.

Broddorf-Rangau über die Saarfrage.

Berlin, 17. April. In einer Unterredung des Berichterstatters des „New York Sun“, Karl A. Wiegand, mit dem Reichsminister des Reichs, Graf Broddorf-Rangau, sagte dieser, er könne nicht glauben, daß die Nachricht der Havasagentur über die Regelung der Saarfrage und der militärischen Besetzung der Rheinlande mehr als ein Versuchsalon sei, um festzustellen, welche Zumutungen die öffentliche Meinung Deutschlands ertragen könne. Der mitgeteilte Inhalt der Bestimmungen stehe zu sehr im Widerspruch mit den Grundsätzen, die Wilson als Unterlage für den Friedensschluß verkündet habe, die von den beiden Kriegführenden im November 1918 angenommen wurden. Die Bestimmungen über die Saarbeden seien nichts als eine schlecht verhehlte Annexion. Er werde einen solchen Friedensvertrag niemals unterzeichnen und die deutsche Nationalversammlung würde den Vertrag ablehnen. Frankreich habe Anspruch auf Schadenertrag für seine zerstörten Bergwerke und Deutschland sei bereit und fähig, dieser Schadenertrag zu leisten. Wenn an Stelle von Machtpolitikern erfahrene Geschäftsleute diese Frage regeln, so würden sie einen Weg finden, der Frankreich sicherlich zu einem hinreichenden Ersatz verhelfen und zu einer Versöhnung statt zu einer dauernden Entfremdung der beiden Völker führen würde. Deutschland werde den französischen Friedensbedürfnissen entsprechende Vorschläge machen.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 17. April. Der belgische Vertreter teilte mit, daß bis auf weiteres im Interesse der öffentlichen Gesundheit jede Umbettung von Soldatenleichen auf privaten Antrag in Belgien verboten sei. Die belgische Regierung werde später die Zusammenlegung deutscher und belgischer Einzelgräber auf besonderen Militärfriedhöfen selbst in die Hand nehmen.

Heimkehr.

Hamburg, 17. April. 2200 deutsche Soldaten, die im Orient, im Schwarzen Meergebiet und im Kaukasusgebiet gekämpft haben, sind aus Nicolajew unter Führung des Hauptmanns Lindner hier eingetroffen.

Neuer Landrat.

Berlin, 17. April. Zum Landrat des Kreises Pupzig (Westpr.) ist der Vorsitzende des dortigen Arbeiterrats, Kaufmann Koppentrink (Mehrheitssoz.) vom Minister des Innern ernannt worden. Die Ernennung des Regierungsrats von Märker vom Danziger Oberpräsidium ist durch den Minister rückgängig gemacht worden, nachdem der Arbeiterrat in Pupzig gegen diese Ernennung protestiert hatte. Der Kreis Pupzig ist der erste preussische Landkreis, der als Landrat einen Nichtverwaltungsbeamten erhalten hat.

Der Fall Liebknecht.

Berlin, 17. April. Der Jäger Runge, der angeblich bei der Tötung Liebknechts beteiligt war, ist bei einem Grenzschutzkorps verhaftet und in Untersuchung gebracht worden. Gegen alle bei der Tötung Liebknechts und Rosa Luxemburgs angeblich beteiligten Personen ist die Anklage erhoben worden. Die Hauptverhandlung steht bevor.

Der Durchzug der Polen.

Frankfurt a. M., 17. April. Gestern ist der erste Truppenzug der Polen, etwa 8000 Mann, auf dem Wege nach Polen hier durchgekommen. Weitere Züge werden in den nächsten Tagen erwartet. Der Personenverkehr erfährt von Freitag bis Dienstag starke Einschränkungen.

Der Generalstreik.

Berlin, 17. April. Der „S. J. am Mittag“ zufolge hat der Vormarsch des Korps Märker gegen Braunschweig heute früh begonnen. Wolfenbüttel ist kampflös besetzt worden. Der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn ist aus Braunschweig geflüchtet, ebenso Merges.

Essen, 16. April. Bei der Mittagssticht fehlten noch 86.030 Arbeiter.

Düsseldorf, 17. April. Die streikenden Arbeiter haben mit überwiegender Mehrheit den Beschluß gefaßt, am Donnerstag die Arbeit wieder aufzunehmen.

Mülheim a. Ruhr, 17. April. Die Arbeiterschaft beschloß in einer Massenversammlung, den Generalstreik abzubrechen und morgen geschloßen die Arbeit wieder aufzunehmen, nur die Bergarbeiter werden im Streik verharren. Die Friedrich Wilhelm-Hütte kann wegen Kohlenmangels vorläufig nur 400 Arbeiter beschäftigen, sodaß über 2000 Arbeiter nicht beschäftigt sind.

Bremen, 17. April. Der mit Lebensmitteln beladene amerikanische Dampfer „Franklin“, der wegen des Arbeiterstreiks nicht entladen werden konnte, machte Anstalten, den Hafen zu verlassen. Bürgerliche Kreise, darunter viele Akademiker, taten sich jedoch zusammen und begannen unter militärischem Schutz mit der Ausladung. Die Lebensmittelkommission kann die Verteilung von Kartoffeln und Mehl am Samstag nicht durchführen.

Dudwigshafen, 17. April. Der Streik der Be-

amten der Badischen Asbest- und Sodafabrik ist gestern nachmittag beendet worden.

Siegen, 17. April. Der Streik der Angestellten der Maggi-Werke ist beendet, nachdem ein Teil der Forderungen der Streikenden erfüllt worden war.

Die vierte Revolution in München.

München, 17. April. Der Volkzugrat der Betriebs- und Soldatenräte erließ einen Aufruf an die Bauern, die Stadt München nicht im Stiche zu lassen. Die Rote Garde soll über 12.000 Mann stark sein.

Nürnberg, 17. April. Die „Bayerische Volkzeitung“ meldet aus Bamberg: Gegen München sind jetzt alle verfügbaren Truppen besonders in Regensburg und Ingolstadt in Bewegung gesetzt, nachdem ein Handstreich wegen zu geringer Kräfte misslungen war. Der Angriff soll von Dachau aus beginnen und von einem bekannten bayerischen General geleitet werden. Sämtliche modernen Kampfmitel stehen den Truppen zur Verfügung. Es wird sich schließlich nicht umgehen lassen, preussische Truppen oder das Freikorps Epp zur Hilfe zu rufen. Preussische Truppen sind zum Anmarsch nach Bamberg bereit. Die Rote Garde hat bei Mladch die Schienen auf der Strecke Ingolstadt-München aufgerissen. Die Münchener Anarchistenführer Ruchau, Vandauer und Wadler sind ins Juchthaus Ebron b. Bamberg gebracht. Aus Würzburg wurden Sauber und Regenweiser ebenfalls dorthin verbracht.

Nürnberg, 16. April. Der irtümlich in Regensburg verhaftete Bauernbundsführer Sandorfer befindet sich wieder in Freiheit und hält sich gegenwärtig in Bamberg auf.

Augsburg, 17. April. Bestandteile des 4. und 18. Infanterieregiments haben sich in Donauwörth mit der Abteilung Probstmaier vereinigt. Weitere Abteilungen stehen in Augsburg und Nördlingen bereit. Die Truppen tragen Stahlhelme. Das 23. Infanterieregiment wird erwartet. Das 12. Infanterieregiment Neu-Ulm passierte heute früh feldmarschmäßig ausgerüstet mit Automobilen und Maschinengewehren den hiesigen Bahnhof.

Von einem aus München zurückkehrenden Augsburger wird den „Augsb. Neuzeit. Nachr.“ mitgeteilt: Am Dienstag abend und am Mittwoch morgen wurde in ganz München Sturm geläutet, da es hieß, die Weiße Garde sei im Anmarsch. Bei Pasing und am ganzen Nordrand der Stadt sind Schützengräben ausgehoben und Drahtverhaue angelegt. Vom Führer der Regierungstruppen soll ein Ultimatum an die Regierung in München gestellt worden sein, das bis gestern abend 6 Uhr bedingungslos Uebergabe forderte. Heute morgen soll der Kampf beginnen. Man rechnet sogar auf einen Eingriff italienischer Truppen von Tirol aus. Das bekannte Hotel „Stadt Wien“ ist in ein Lazarett umgewandelt.

Augsburg, 17. April. Gestern abend 11.15 Uhr kam nach mehrtägiger Pause wieder der „en-zug aus München hier an. Ein R. über berl. e beer „Postzeitung“, bei Dachau seien Truppen der Regierung Hoffmann zusammengezogen, denen 500 Soldaten und ungefähr 10.000 bewaffnete Arbeiter gegenüberstehen. Die Haltung des Militärs in München sei sehr unsicher und es habe den Anschein, als ob es sich im Falle eines Erfolgs der Regierungstruppen auf deren Seite schlagen wolle. Wegen des Mangels an Bargeld ist für heute früh in München die Deffnung sämtlicher öffentlicher Depots im Besitze der Eigentümer angeordnet worden. Die Besitzer erhalten Gutscheine. Im Falle ihres Nichterscheins werden die Bankhinterlagen zwangsweise geöffnet.

Stuttgart, 17. April. Heute nacht sind von Stuttgart und vom Truppenübungsplatz Münchingen württembergische Truppen zur Unterstützung des Angriffs auf München nach Bayern abgegangen.

Aus Berlin wird dazu gemeldet: Die persönlich geführten Unterhandlungen des bayerischen Ministerpräsidenten Hoffmann und des Kriegsministers mit dem bayerischen Kriegsminister haben zu dem Ergebnis geführt, daß sofort würt. Hilfstruppen nach Schwabern abgefordert werden, da eine Verzögerung wirksamer Unterstützung die schwersten Folgen haben könnte. Angesichts dieser Sachlage hat auch das Zentrum seinen anfänglichen Widerstand gegen die Inanspruchnahme der Reichshilfe gegen die Spartakisten in München aufgegeben.

Berlin, 17. April. Die Nachricht, daß die Bamberger Regierung preussische Truppen angefordert habe, soll unzutreffend sein.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 17. April. Die lettische Regierung in Mitau wurde von Teilen der baltischen Landeswehr gestürzt.

Ein französischer Bischof in Mex.

Bern, 17. April. „Nouveliste de Lyon“ erfährt, daß der bisherige Bischof Benzler in Mex nach Deutschland berufen und durch einen französischen Bischof ersetzt werden sollte.

Deutschland und die Schweiz.

Basel, 17. April. Wie die „Baseler Nachrichten“ melden, hat der schweizerische Bundesrat beschlossen, die gegenwärtige deutsche Regierung amtlich anzuerkennen im Hinblick darauf, daß die Reichsregierung sich auf eine aus dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht hervorgegangene Volksvertretung stützt.

Einspruch gegen die Wiedereröffnung des Badischen Bahnhofes in Basel.

Bern, 16. April. Wie das „Journal de Geneve“ erfährt, hat sich die deutsche Regierung mit der Wiedereröffnung des badischen Bahnhofes in Basel nicht einverstanden erklärt, weil durch diese direkte Zugverbindung die deutsche Kontrolle über den Ausfuhrschmuggel von Banknoten und Wertpapieren unmöglich gemacht werde. Nach dem Blatt werden sich die Schweizer Interessentenkreise mit diesem Bescheid der deutschen Regierung nicht zufrieden geben und beantragen, daß